

Zeitschrift: Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl scolastic grischun

Herausgeber: Lehrpersonen Graubünden

Band: 70 (2008)

Heft: 3: Aktuelle Bildungsreform in Diskussion

Artikel: Die aktuelle Bildungsreform in Diskussion

Autor: Krätti, Susanne / Jäger, Martin / Flury, Johannes

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-357630>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die aktuelle Bildungsreform in Diskussion

Susanne Krättli (FDP) und Martin Jäger (SP) im Gespräch mit Redaktionsmitglied Johannes Flury (Rektor PHGR) über die Bildungspolitik in Graubünden

FESTGEHALTEN VON JÖRI SCHWÄRZEL

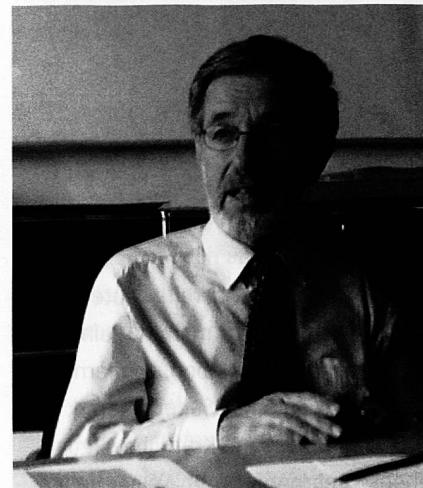
Martin Jäger wie Susanne Krättli sind glücklich darüber, dass nach fünf Jahren harter öffentlicher Diskussion übers Kernprogramm – Stichworte: Untergymnasium und Frühfremdsprachen – ein Schlussstrich gezogen werden konnte. Bis auf die Wahl der ersten Frühfremdsprache herrschte im Bündner Grossrat grosse Einigkeit. Martin Jäger dazu: «Befriedigt dürfen wir feststellen, dass Bildungspolitik in Graubünden nicht Parteipolitik sondern Sachpolitik ist.» Susanne Krättli: «Auch ich bin froh, dass die Frühfremdsprachen in ihrer Reihenfolge nun festgelegt sind, obwohl der von mir unterstützte Antrag für Englisch als erste Frühfremdsprache für deutschsprachige Schulen unterlag.»

«Nur motivierte Lehrpersonen können eine hohe Schulqualität gewährleisten.»

Frühfremdsprachen

Johannes Flury: «Die Bündner Lehrerschaft hat noch die nicht immer erfreulichen Erfahrungen mit der Einführung von Italienisch in den Knochen. Was müsste jetzt beim Englisch anders gemacht werden?» Susanne Krättli plädiert dafür, dass die in Zusammenhang mit Frühitalienisch geäusserten Bedenken ernst genommen werden müssen. «Die Qualität im Unterricht ist massgebend, und diese können nur motivierte Lehrpersonen gewährleisten.» Martin Jäger

sieht das Konzept der «Begegnungssprache» als weitgehend gescheitert. In Zukunft müssten Leistungsstandards festgelegt werden. Entscheidend sei, wie gut die Oberstufenschüler am Ende der 9. Klasse Englisch können, so dass wir da mit der übrigen Schweiz mithalten.



Johannes Flury fragt: «Geben wir da nicht den bisher geforderten spielerischen Umgang mit Frühfremdsprachen auf?» Martin Jäger: «Wir haben in Chur in der Primarschule die Noten in Italienisch bereits vor einigen Jahren eingeführt. Damit wird Italienisch gleich behandelt wie alle anderen Fächer.» Das bedeutet jedoch nicht, dass auf das Spielerische verzichtet werden müsse. Umso besser eine Lehrperson die jeweilige Fremdsprache beherrsche, desto einfacher sei es für sie, weiterhin mit spielerischem Unterricht, die künftig von HarmoS festgelegten Standards zu erreichen.

«Für Lehrpersonen, die schon länger im Beruf sind, sind diese ständigen Änderungen ermüdend.»

Qualifikation und Motivation der Lehrpersonen seien die wesentlichen Faktoren einer erfolgreichen Schulreform, darin sind sich alle einig.

Reformflut

Die Diskussion wendet sich darum der Belastung der Lehrpersonen durch die Reformen zu: «Die Integration, die geleiteten Schulen, die zweite Fremdsprache kommen fast gleichzeitig auf die Lehrpersonen zu. Ist das nicht eine Überforderung der Lehrkräfte?» fragt Johannes Flury. Susanne Krättli sieht hier unterschiedliche Voraussetzungen für heute amtierende Lehrpersonen und für künftige Abgänger der Pädagogischen Hochschule. Für Letztere ist es sicher einfacher, die anstehenden Reformen mitzutragen. Für Lehrpersonen, die schon länger im Beruf sind, kommen schon viele Veränderungen auf sie zu. Die Einführung der Schulleitungen soll hier aber nicht als Belastung, sondern als wesentliche Unterstützung im Reformprozess gesehen werden. Für Martin Jäger wäre es ein visionärer Traum, wenn Reformen möglichst kompakt umgesetzt werden könnten und nachher etwa fünfzehn Jahre einmal Ruhe in die Schule einkehrt. Zur Zeit

Aus der Aprilsession 2008 des Grossen Rates

Die Teilrevision des Schulgesetzes

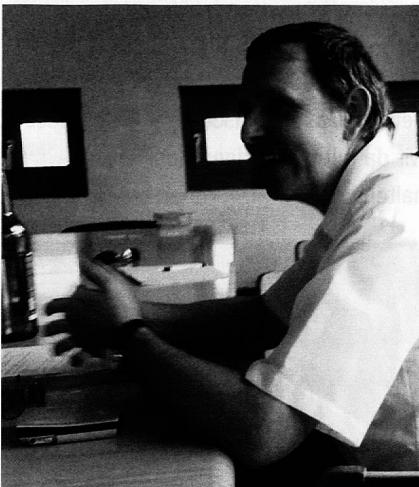
gehe es jedoch weiter mit Reform um Reform bis zur Totalrevision des Schulgesetzes im 2010.

Bezüglich Reformflut zieht Susanne Krättli Parallelen zur Privatwirtschaft. Auch dort müssen sich die Mitarbeiter ständig den Gegebenheiten des Marktes anpassen. Wichtig sei aber, dass die Mitarbeiter Freude am Beruf hätten und durch die Geschäftsleitung motiviert würden. Hier könnten in Zukunft die Schulleitungen eine wichtige Rolle spielen. Martin Jäger ortet im Unterschied zur Privatwirtschaft einen zwanzigjährigen Reformstau, der nun in den letzten Jahren in raschen Sequenzen verschiedenste Reformen nötig gemacht habe. Das sei sicher nicht ideal. Ermüdungserscheinungen bei Lehrpersonen seien heute Realität und eigentlich auch begreiflich.

Johannes Flury zeigt sich erstaunt über das forsch Tempo der Einführung der einzelnen Reformen. «Mitte 2012 soll Englisch in der fünften Klasse bereits eingeführt werden. Das bedeutet, dass nächstes Jahr die Weiterbildung in Englisch starten muss. In relativ kurzer Zeit muss ein hoher Standard erreicht werden. Ist nicht dies eine Überforderung?» Martin Jäger möchte mit der Vorstellung aufräumen, dass eine Bündner Lehrperson nebst ihren Kompetenzen im Unterrichten und in den anderen Fächern künftig sowohl Italienisch wie auch Englisch perfekt beherrschen könne. Es werde zwar einzelne solche Ausnahmetalente geben. Doch wird die Realität wohl eher auf ein Entweder-Oder hinauslaufen – entweder wird eine Klassenlehrperson Italienisch oder Englisch unterrichten.

«Die Vorstellung, dass eine Lehrperson ihre Schüler und Schülerinnen in allen Fächern unterrichtet, ist gotthelfartig.»

«Ist eine solche Aufteilung des Unterrichts nach Fachlehrpersonen ein Rückschritt oder ein Fortschritt?» fragt Johannes Flury. Martin Jäger sieht,



dass in der Realität bereits heute die meisten Kinder nicht mehr nur eine Klassenlehrperson haben, sondern dass Teilzeitlehrpersonen weiterhin stark zunähmen. Susanne Krättli bevorzugt ebenso Lehrpersonen mit einer hohen Kompetenz in einer Fremdsprache und mit einer hohen Motivation, diese zu unterrichten. «Grundsätzlich wollen wir in der Primarschule jedoch nicht vom Klassensystem wegkommen. Es ist wichtig, dass die Schüler weiterhin in der Lehrperson eine Bezugsperson haben», plädiert Susanne Krättli.

Schulleitungen

Anders als das Sprachenkonzept gab die Vorlage zur Schulleitung deutlich weniger zu reden. Johannes Flury: «Ist nicht auch hier eine klare Strukturände-

rung, die den Alltag der Lehrperson stark beeinflusst? Bringt sie nicht einen Verlust von Freiheit?» Martin Jäger: «Die Bildungskommission hat auch in diesem Bereich einen tragfähigen Kompromiss gefunden. Ich bin aber persönlich nicht glücklich mit dem Entscheid. Statt eines Anreizmodells hätte ich ein Obligatorium gesehen.» Die Schere in der Bildungsqualität zwischen grossen und kleinen Gemeinden würde sich schon so immer mehr öffnen.

«Heute gehen schon 84% der Kinder in eine geleitete Schule.»

Susanne Krättli hält fest, dass heute schon 84% der Bündner Schüler und Schülerinnen in geleitete Schulen gingen. Ein Obligatorium wäre in kleinen Schulen jedoch schwierig umzusetzen und verbunden mit «Kleinstpensen». Dies sollte vermieden werden. «Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass eine Schulleitung für mehrere Schulträgerschaften zuständig ist.» Ein gutes Beispiel dazu sehen die Diskussionsteilnehmenden im vorderen Prättigau, wo sich verschiedene Gemeinden zu einem Schulverband zusammengetan haben und die Schulen an den verschiedenen Standorten von einem gemeinsamen Schulleiter führen lassen. Martin Jäger dazu: «Wichtig ist dabei, dass es nun nur eine Schulbehörde gibt. Hätte jede teilnehmende Gemeinde weiterhin eine eigene Schulbehörde, würde der Schulleiter zerrissen.»

Für Susanne Krättli müssen in Zusammenhang mit der Einführung von Schulleitungen die Aufgaben und Kompetenzen zwischen Schulbehörden, Schulleitung und Lehrpersonen klar geregelt werden. «Ist es mit den Schul-

leitungen nicht wie mit den Gemeindeschreibern?» fragt Johannes Flury. «Werden sie mit ihrer professionellen Kompetenz nicht auch in die Entscheide



der Schulbehörden eingreifen?» Susanne Krättli sieht diese Gefahr nicht so gross, wenn die Kompetenzen geregt sind. In kleineren Gemeinden sieht sie die Möglichkeit, dass die Schulbehörde aufgrund der neuen Aufgabenteilung auch verkleinert werden kann.

«Zur Volksschule gehört ein demokratisch gewähltes Führungsorgan.»

Martin Jäger möchte gerne am 1848 eingeführten Prinzip festhalten. Im Unterschied zu anderen Staaten ist die Schweizer Schule eine echte Volksschule. Private Schulen gibt es bei uns kaum. Die Schulbehörden werden darum auch vom Volk gewählt. «Daran möchte ich nicht rütteln», hält er fest.

Mittelschulgesetz

Johannes Flury: «Die Sekundarlehrpersonen hätten die Abschaffung des Untergymnasiums bevorzugt. Führt der

beschlossene Kompromiss nicht zur Schwächung der Sekundarschule?»

Sowohl Martin Jäger wie Susanne Krättli stellten sich ursprünglich hinter die Abschaffung des Untergymnasiums, stehen jedoch aufgrund der regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Mittelschulen nun hinter der gefundenen Lösung. Martin Jäger ist froh, dass Graubünden nicht wie mit dem Rektorenmodell oder dem fünfjährigen Gymnasium ein eigenes Modell «erfunden» hat, sondern sich weiterhin schweizerisch eingliedert. Er sieht im gewählten Modell keine Abwertung der Sekundarschule. Die Anforderungen im Untergymnasium würden erhöht. Dies bedeute, dass prozentual mehr Kinder in die Sekundarschule gehen werden. Das Modell C mit drei Niveaus sei dabei eine gute Alternative gegenüber den Untergymnasien, weil leistungswillige und leistungsfähige Kinder optimal auch auf die möglichen Übertrittsprüfungen nach dem 8. Schuljahr vorbereitet werden können.

«Das Seilziehen zwischen den Mittelschulen und der Volksschuloberstufe muss aufhören.»

Für Gemeinden, die aufgrund der Schülerzahlen das Modell C nur zweistufig führen können, so Susanne Krättli, werde das höchste Niveau nun nach wie vor am Untergymnasium angeboten. Sie sieht die Volksschuloberstufe gestärkt aus der Diskussion herausgekommen. Untergymnasium und Volksschuloberstufe würden sich sinnvoll ergänzen. Sie hofft, dass diese Erkenntnis nun im Alltag um sich greift.

Martin Jäger und Susanne Krättli haben beide der Delegation von Bündner

Bildungsfachleuten angehört, die 2007 Finnland besucht haben. Martin Jäger hat dabei unter anderem beeindruckt, dass sich die finnischen Kinder und Jugendlichen erst spät für einen weiteren Bildungsweg entscheiden müssen. «Die späte Selektion wäre immer noch meine Vision, auch wenn sich dies politisch in Graubünden zur Zeit nicht umsetzen lässt.» Für Susanne Krättli sollte der Focus jetzt jedoch nicht auf die Struktur gelegt werden, sondern auf die angestrebte Qualitätsverbesserung. Die Zielsetzung ist klar definiert: Mit der Bündner Matura soll der Anschluss an die Hochschulen gewährleistet sein.

Die aktuelle Bildungsreform in Diskussion

Kommentar von Elita Florin-Caluori, Grossräatin, Präsidentin CVP GR

Damit der Frühfremdsprachenunterricht in Zukunft erfolgreich gestaltet werden kann, sind die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen wie Unterstützungsmöglichkeiten für schwache Schüler, stufengerechte Lehrmittel, gut ausgebildete Lehrpersonen in Sprachkompetenz, Didaktik und Sprachkultur und ein koordinierter Lehrplan zu erfüllen. Eine Teilspezialisierung der Primarlehrer im Unterrichten der Frühfremdsprachen soll und wird auch stattfinden, damit die Schüler vom Know-how der dazu ausgebildeten Personen optimal profitieren können. Die Diskussionen über die Gestaltung der Mittelschulen waren stark mit der Existenz der Volksschul-Oberstufe verknüpft. Da unser Kanton Graubünden äusserst grosse Unterschiede auch in der Gestaltung der Schulen aufweist, ist es nicht einfach, eine generelle Lösung zu finden. Bei dieser Vielfalt hat es mich überzeugt, dass das Führen von Oberstufen und Untergymnasien in unserem Kanton von Vorteil ist. Es ist zu beachten, dass die Schnittstelle Gymnasium-Volksschule und der Lehrstoff transparent definiert werden und der dazu mögliche Übertritt klar formuliert und frühzeitig kommuniziert wird. Ein Zusammenarbeiten der Schulverantwortlichen, eine offene Kommunikation und abgestimmte Lehrpläne beider Schultypen sind in Zukunft wegweisend für die Qualität und den Erfolg. All die Reformen sind nur das «Werkzeug» der Bildung. An zentraler Stelle bleibt auch in Zukunft die Lehrperson, damit sie die Freude an der Bildung und den Schulerfolg sichert.